

FLASH-INFO



Freiburger Verband der spezialisierten Institutionen

Kooperationsvereinbarung INFRI-FNPG

Nach einem Jahr Vorbereitung konnten die Institutionen und das FNPG eine Einigung erzielen über eine neue Kooperationsvereinbarung für die stationäre Unterbringung von Personen mit psychischen Schwierigkeiten.

Dieses Dokument sowie ein Pilotprojekt im Bereich Liaisonspsychiatrie, welches das FNPG den Institutionen vorgelegt hat, wurden am 5. Oktober offiziell unterzeichnet.

Dies führt zu einem neuen Gemeinschaftsgeist, der geprägt ist von dem Willen, gemeinsame Lösungen für die betreuten Personen zu finden.

Grosser Rat: 50 neue Plätze in Institutionen im 2018

Per 6. Oktober hat der Grosse Rat des Kantons Freiburg ein Mandat im Staatsrat übernommen, welcher ihn mit der Schaffung von 50 neuen Plätzen in Spezialeinrichtungen für Erwachsene im 2018 beauftragt.

Das Mandat wurde eingereicht von einer Gruppe von Ratsmitgliedern aus ALLEN Fraktionen und sah ursprünglich die Schaffung von 50 Plätzen im 2017 und von weiteren 50 Plätzen im 2018 vor. Aufgrund der Ablehnung durch den Staatsrat (da 35 Plätze bereits im Budget 2017 vorgesehen sind und die Planung für 2018 noch nicht abgeschlossen ist), wurde das Mandat auf 2018 begrenzt.

Das Projekt wurde schlussendlich mit einer Mehrheit von 80 zu 7 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) angenommen!

Behindertenpolitik: Was denken die KandidatInnen?

Anlässlich der Kantonalen Wahlen in Freiburg hat INFRI eine Umfrage unter den Kandidatinnen und Kandidaten für den Staatsrat durchgeführt, um sich ein Bild über ihre politischen Standpunkte in den Themenbereichen betreffend spezialisierte Institutionen zu machen.

Dazu haben wir uns an die Kandidatinnen und Kandidaten der beiden Bündnislisten gewandt:



- die linke Liste, zu der die INFRI-Präsidentin, Frau Schneider Schüttel, und der Präsident einer Institution, Herr Steiert, gehören,



- die rechte Liste mit dem INFRI-Vorstandmitglied, Herrn Wüthrich.

Jeder Kandidatin und jedem Kandidaten wurden sieben geschlossene und eine offene Frage gestellt. Sie beziehen sich auf die verschiedenen Aktivitätsbereiche der INFRI-Institutionen. Bei diesem Vorhaben geht es nicht darum, eine bestimmte Kandidatin oder einen Kandidaten besonders hervorzubringen, sondern ihnen die Gelegenheit zu bieten

Einige Erkenntnisse

Aus den Antworten des Fragebogens lassen sich einige interessante Rückschlüsse ziehen:

- die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung werden als wichtig erachtet und es müssen die hierfür notwendigen Mittel aufgewendet werden,
- der Übergang von der Schule in die Erwachsenenwelt muss auch weiterhin von den entsprechenden Leistungen begleitet werden,
- die einzige negative Antwort auf die Frage nach den Mitteln, die für die Leistungen aufzuwenden sind, kam von Herrn Godel, dessen Standpunkt mit seiner Funktion als Verantwortlicher für die Kantonsfinanzen erklärt werden kann,
- die schulische Integration wird befürwortet, genauso wie die hierfür notwendigen Mittel,
- ausserhalb des „Behinderten“-Bereichs lässt sich feststellen, dass die Bedeutung der Schaffung von Notunterkünften für Jugendliche in Schwierigkeiten allgemeine Anerkennung findet,
- Dasselbe gilt für den Erhalt der stationären Leistungen im Suchtbereich, welche parallel zu den ambulanten Leistungen ablaufen.

Fast jeder hat geantwortet!

Von den 11 Kandidatinnen und Kandidaten der beiden Listen wollte nur einer nicht an der Umfrage teilnehmen: Herr Siggen von der rechten Liste und aktueller Direktor der EKSD.

In seiner Antwort gibt er an, dass es ihm „nicht am Interesse für die Behindertenpolitik fehlt“, aber er ist dennoch der Meinung, dass „es nicht möglich ist, diese komplexen Fragen einfach nur mit ja oder nein zu beantworten“.

Jeder kann sich seine eigene Meinung über diese Entscheidung, nicht auf die Fragen zu antworten, bilden.

zu den Projekten und Lösungen Stellung zu beziehen, um die sie sich in den nächsten Jahren kümmern werden müssen.

Hier ist eine Kurzfassung der Fragen und Antworten:

Fragen	Antw..
<u>Behindertenpolitik</u> Halten Sie es für notwendig, dass der Kanton Freiburg seine neue Behindertenpolitik so schnell wie möglich, d.h. zum Beginn der nächsten Legislaturperiode, umsetzt?	10 JA
<u>Finanzen</u> Befürworten Sie das Aufwenden der notwendigen Finanzmittel, um die Bedürfnisse angemessen abzudecken, auch wenn dies in bestimmten Situationen mit ausserbudgetären Ausgaben verbunden ist?	9 JA 1 NEIN
<u>Plätze in Institutionen für Erwachsene</u> Befürworten Sie die kurzfristige Schaffung von Plätzen in Institutionen und/oder ambulanten Plätzen und die Berücksichtigung dieser Leistungen in der Finanzplanung?	10 JA
<u>Aufnahme nach Sonderschule</u> Sind Sie damit einverstanden, dass jeder Jugendliche nach der Schulzeit auf entsprechende Leistungen zurückgreifen kann?	10 JA
<u>Sozialpädagogische Institutionen</u> Sollte die Schaffung von Notunterkünften Ihrer Meinung nach Priorität haben?	10 JA
<u>Integration in die Regelschule</u> Stehen Sie hinter einer Aufstockung der Mittel für die schulische Integration?	10 JA
<u>Sucht</u> Unterstützen Sie einen ausgewogenen Ausbau von ambulanten und stationären Leistungen?	10 JA

Diese Fragen direkt anzusprechen ist natürlich ein nicht erschöpfendes Unterfangen, das die Komplexität dieser Thematik nicht widerspiegelt. Jedoch liefern sie uns ein Signal, eine Richtung in Bezug auf die Standpunkte.

Wie man sieht, sind die Antworten sehr einheitlich und die Kandidatinnen und Kandidaten teilen eine gemeinsame Sichtweise auf die Themen im Bereich Behinderung. Sie sind sich insbesondere der bedürfnisgerechten Leistungen bewusst und bereit, sich dafür einzusetzen.

Es ist ein positives Signal, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderung oder in Schwierigkeiten von allen Mitgliedern der zukünftigen Kantonsregierung für wichtig erachtet werden.

Wir danken allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre offene Teilnahme an dieser Umfrage, die nicht immer ganz einfach war.

Den gesamten Wortlaut der Fragen und Vorschläge/Anmerkungen der Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie auf der Seite www.infri.ch, unter der Rubrik „Politische Themen – Politische Dossiers“, welche direkt über unsere „News“ aufgerufen werden kann.